

Vorwort

Mit dem Hambach-Jahrbuch 2013 liegen neun Aufsätze vor, deren Thematik von der Zeit Napoleons bis zu aktuellen Fragen der Pressefreiheit reicht. Im ersten dieser Aufsätze zeichnet Hans Fenske das Leben des Freiherrn vom Stein nach, das geprägt ist vom Widerstand gegen die Fremdherrschaft des napoleonischen Frankreich und dem ständigen Bemühen um eine Erneuerung Deutschlands. In seiner Beschreibung der konkreten administrativen und politischen Tätigkeit Steins betont er dessen Anteil am Zustandekommen der Konvention von Tauroggen und der Koalition der europäischen Mächte, die der Herrschaft Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig vor nunmehr 200 Jahren ein Ende setzten. Daneben hebt Fenske auch die verschiedenen Denkschriften und Memoranden Steins hervor, insbesondere seine Denkschriften zur Neugliederung Deutschlands und die Nassauer Denkschrift, mit der er die preußischen Reformen einleitete.

Einen Schwerpunkt des hier vorliegenden Jahrbuchs bilden die beiden Aufsätze über die im Juni 1848 von der Frankfurter Nationalversammlung errichtete Provisorische Zentralgewalt. Es handelt sich um die erweiterten Fassungen zweier Vorträge, die die Autoren im Sommer dieses Jahres im Speyerer Stadtarchiv vor der Hambach-Gesellschaft und in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt gehalten haben. Tobias Hirschmüller, der Person und Tätigkeit Erzherzog Johann als Reichsverweser würdigt, und Thomas Stockinger in seiner Untersuchung zur Einrichtung der Provisorischen Zentralgewalt stellen übereinstimmend fest, dass die von ihnen aufgeworfenen Fragen in der deutschen Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur bisher kaum Beachtung gefunden haben. Diesem Desiderat sucht Hirschmüller nach einem Überblick über den Stand der Forschung zunächst mit einem Abriss des Lebenslaufs Erzherzog Johanns und einer Skizzierung seiner Vorstellung von der künftigen Verfassungsordnung eines neuen deutschen Reichs abzuwehren. Anschließend setzt er sich mit der Wahl des Erzherzogs und dessen Selbstverständnis als Reichsverweser auseinander. Stockinger geht davon aus, dass die Einrichtung der Reichsministerien nicht nur verfassungspolitischen Überlegungen, sondern vor allem den praktischen Erfordernissen zu verdanken ist, denen sich die Nationalversammlung gegenüber sah. Nach einem kurzen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Zentralgewalt richtet er dementsprechend sein Hauptaugenmerk auf ihre staatsrechtliche Stellung, ihre personelle Zusammensetzung, ihre materiellen und organisatorischen Arbeitsbedingungen sowie auf die Ressourcen, auf die sie bei ihrer Regierungstätigkeit zurückgreifen kann.

Mit der Bedeutung des südwestdeutschen Adels für die Formierung des politischen Katholizismus in der Zentrumsparterie setzt sich Markus Raasch auseinander. Für zehn der insgesamt elf adligen Zentrumsabgeordneten, die zwischen 1871 und 1890 einen südwestdeutschen Wahlkreis im Reichstag vertraten, untersucht Raasch ihre Vermögensverhältnisse, ihre Familientraditionen und sozialen Bindungen sowie ihren Bildungshintergrund. Damit sucht er die Grundlagen ihres Engagements für die Zentrumsparterie zu erfassen, bevor er auf ihre Rolle bei der Entstehung der Partei eingeht.

Ausgenommen ist dabei nur Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, der dem Reichstag nur kurze Zeit angehört und als Bischof und Angehöriger der westfälischen Adels in gänzlich anderen Bindungen steht, wie Raasch begründet. Die Teilnahme der vorgestellten Abgeordneten am politischen Leben Berlins und die von ihnen im Reichstag wahrgenommenen Gestaltungsmöglichkeiten stehen im Mittelpunkt des dritten und letzten Teils der Untersuchung.

Ein völlig gegensätzliches gesellschaftliches Milieu und seine politische Vertretung unter ganz anderen historischen Bedingungen betrachtet Alexander Kraft. In seinem Beitrag über die pfälzische SPD in der Weimarer Republik konzentriert er sich weitgehend auf die Tätigkeit der Partei in der Chemiestadt Ludwigshafen, ihre dort erzielten Wahlergebnisse und ihr Verhältnis zu den links von ihr stehenden Arbeiterparteien bis zu ihrem Verbot durch die Nationalsozialisten.

Zu den Fragen von zentraler nationaler Bedeutung zählen in der Weimarer Republik die militärische Besetzung der linksrheinischen Gebiete Deutschlands und die französische Rheinlandpolitik. Sie boten den republikfeindlichen Kräften immer wieder Ansatzpunkte für ihre Ablehnung des demokratischen Staats. Wilhelm Kreutz fragt in seinem Beitrag, ob dies wie für die Mehrzahl der deutschen Universitäten auch für die Professoren und die Studentenschaft der Handelshochschule der Stadt Mannheim gilt. War Mannheim dem Besatzungsgebiet doch unmittelbar benachbart und zeitweise ebenfalls besetzt. Dabei hebt er Visionen eines einheitlichen Rhein-Neckar-Raums als wirtschaftliches Zentrum eines vereinten Europas und das Ziel einer Aussöhnung mit Frankreich hervor, wie sie von einzelnen Professoren und von einer Minderheit republikanischer Studenten vertreten wurden. Sie stellt er entschieden nationalen Positionen anderer, auch jüdischer, Professoren und nationalsozialistischer Studenten gegenüber.

Aus dem Rahmen des gewohnten Themenspektrums des Hambach-Jahrbuchs fällt der Beitrag von Gerd Krell über die Politik der USA im israelisch-palästinensischen Konflikt. Er ist seit der zionistischen Forderung nach einer jüdischen Besiedlung Palästinas spätestens mit der Gründung des Staates Israel zu einem virulenten Problem der internationalen Politik geworden. Krells Aufsatz beschreibt sehr unterschiedliche Phasen amerikanischer Nahostpolitik. Damit verbunden ist die Frage, welche jeweilige Neuausrichtung dieser Politik dem Ziel genutzt hat, beiden Konfliktparteien eigene Staaten in gesicherten Grenzen und deren Bürgern den Genuss der Menschen- und Grundrechte zu garantieren. Mit diesen Überlegungen, welchen Beitrag die größte

demokratische Macht leisten kann, eine für beide Seiten annehmbare Ordnung im Nahen Osten zu schaffen, hat auch ein Thema der internationalen Politik seinen Platz im Hambach-Jahrbuch.

In einem zweiten Beitrag zu diesem Jahrbuch lädt Hans Fenske zu einem Gang durch die deutsche Geschichte der Neuzeit ein. Derartige Gesamtdarstellungen sind selten geworden. Die moderne Forschung sieht ihre Aufgabe vorzugsweise darin, einzelne historische Vorgänge möglichst detailliert zu untersuchen. Die Geschichtsschreibung, wie sie von Niebuhr, Droysen, Mommsen und anderen im 19. Jahrhundert zur Kunst entwickelt wurde, tritt dahinter zurück. Aber erst die Gesamtschau auf eine Epoche macht die großen Zusammenhänge augenfällig und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur historisch-politischen Bildung des interessierten Publikums. Diese Bildung zu fördern, ist auch die Absicht Fenskens, dessen hier vorliegende Abhandlung auch als Hörbuch der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft erschienen ist.

Die Abfolge der Aufsätze schließt mit einem entschiedenen Plädoyer Heribert Prantls für die Pressefreiheit. Anlass dazu bot ihm die Einweihung eines neuen Denkmals für Johann Georg August Wirth in dessen Geburtsstadt Hof im November 2012. Dieses Denkmal ersetzt ein älteres, im Hambach-Jahrbuch 2005 abgebildetes, Denkmal aus dem Jahr 1998, das mit seiner Fläche von 145 qm in der Hofer Fußgängerzone wohl als störend empfunden wurde und entsprechend umstritten war. In seiner hier abgedruckten Festrede beschränkt sich Prantl nicht darauf, auf die Verdienste Wirths um die Durchsetzung der Pressefreiheit einzugehen. Das Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, dem die Pressefreiheit als „Muttergrundrecht“ und „Leuchtturmgrundrecht“ gilt, wendet sich vielmehr der aktuellen Situation der freien Presse zu. Er verkennt nicht ihre Gefährdung durch Kostendruck, Gewinnstreben und die Konkurrenz des Internet. Prantl zeigt sich aber überzeugt, dass sie sich behaupten kann, wenn sie an ihren spezifischen Stärken festhält.

Mit einem herzlichen Dank an die Autoren dieses Jahrbuchs sei ihnen gewünscht, dass ihre Mühe belohnt wird durch eine interessierte Aufnahme und breite Diskussion ihrer Aufsätze durch die Leserinnen und Leser.

Die Redaktion